Pfund's Condensirte Milch
in Dosen, ohne Zusatz und Schlüssel zu
Beste Kindernahrung.
als Kaffee-Sahne billig und bequem.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.

Dresdner Nachrichten

37. Jahrgang.
Aufl. 54,000 Stück.
Dresden, 1892.

Dr. Kadner's Sanatorium.
Diätetische Kuranstalt
Niederlössnitz b. Dresden.
für Magen- und Nervenleiden, Blutarmuth, Fettsucht, Diabetes, Gicht, Unterleibsleiden.

Julius Schädlich
Am See 16.

Kerzen-Kronleuchter
Petroleum-Lampen.

Photographie-Albums
Schreibmappen
Damentaschen, Reisetaschen, Reise-Necessaires etc.
empfiehlt in grösster Auswahl
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 3 (zunächst dem Altmarkt).

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Ribl & Sohn,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Reisedecken,
grossartige Auswahl in allen Preislagen von 8—100 M.,
Wagendecken, englische Plaids, Plaiddecken
empfiehlt
Robert Kunze, Altmarkt 1 (Rathhaus).
Spec.: Reise-Artikel, Herren-Modewaaren, Lederwaaren.

Neuheiten in eleganten deutschen und englischen Anzugs- und Ueberzieher-Stoffen
empfiehlt in grossartigster Auswahl billigst C. H. Hesse, Marienstrasse 20 („Drei Raben").

Nr. 324. Spiegel: Revision der Concursordnung. Hofnachrichten. Stadtverordnetensitzung. Amtliche Bekanntmachungen. Gewerbegericht. Tagesgeschichte. Theodor Lobe, Strakosch-Vorlesung. | **Sonnabend, 19. Novbr.**

Politisches.

In Kurzem soll ja nun der Reichstag Ernst machen und einmal die soziale Frage des Mittelstandes zum Gegenstande seiner Erörterungen nehmen. Man darf sich über die gute Absicht freuen, wird jedoch seine Hoffnungen umso weniger hoch spannen dürfen, als das Parlament bei seiner jetzigen Zusammensetzung kaum im Stande sein wird, irgendwie einschneidende Maßregeln durchzuführen. Zunächst wird es sich um eine Regelung der Abzahlungsgeschäfte handeln. Daß hiermit, selbst wenn die entsprechende Vorlage zur Erledigung kommt, erst ein ganz kleiner Anfang gemacht würde, ist für Jeden einleuchtend, der die Vernichtung des Mittelstandes aufhalten und so die Verstärkung der sozialdemokratischen Cohorten durch eine ganze Armee verhindern möchte. Wir unsererseits halten für die bedeutendste Aufgabe einer sozialen Ordnung und Sicherung des Mittelstandes die Revision der Concursordnung, zumal hiermit allein das Rammischer-, Schleuder- und Hausirerthum und die Scheinausverkäufe wirksam unterbunden werden könnten.

Man hat in Dresden wie in jeder anderen Stadt Gelegenheit genug, einen Einblick darin zu gewinnen, welch enorme wirthschaftlich abträgliche und sittlich verwerfliche Praxis sich in das Concurswesen eingeschlichen hat. Der Volksmund, der von dem durch drei „Pleiten" zum Millionär herangeschwollenen Maier oder Cohn erzählt, hat vollständig Recht: Unter der heutigen Concursgesetzgebung, einem Geschenk der Aera Lasker-Bamberger, ist der Bankerott in vielen Fällen das sicherste Mittel, zum Wohlstand zu gelangen. Man darf ja sicher sein, daß unter den 7623 Concursen des Jahres 1891 sich eine ganze Anzahl solcher Concurse befindet, die ohne Verschulden, infolge ungünstiger Conjuncturen herbeigeführt wurden; aber schon die einfache Thatsache, daß unter diesen 7½ Tausend sich allein 5570 Concurse befinden, bei denen ein Waarenlager vorhanden ist, läßt den Blick nach anderen Gründen suchen. Auch der leichtsinnige Bankerott wird nicht in erster Linie in Frage kommen, obwohl sicherlich für Leute, die das Gut ihrer Gläubiger verschwenderisch durchbringen, eine Strafverschärfung gegen das jetzt bestehende Maximalmaß von 2 Jahren am Platze wäre. Die eigentliche Gefahr liegt bei den gewerbsmäßigen Concursmachern. Hier giebt unsere Gesetzgebung die Möglichkeit, daß ein schon mehrfach fallirter Geschäftsmann seine minderjährige Tochter zu seiner Prinzipalin macht und als Geschäftsführer in deren Dienst tritt. In dem Vortrage, den kürzlich Herr Weidle, Direktor des deutschen Industrieverbandes, hielt, theilte er folgenden Fall mit, der allerdings keines Commentars bedarf: Am 18. Juli d. J. wurde folgende Eintragung in das Handelsregister des Amtsgerichts IV in Hannover bewirkt: „Firma: M. Goldschmidt mit dem Niederlassungsorte Hannover und als deren Inhaberin Martha Goldschmidt zu Hannover, minderjährige Tochter des Kaufmanns Adolf Goldschmidt daselbst". Adolf Goldschmidt ist nämlich einer der Theilhaber der bekannten Firma A. und M. Goldschmidt in Hannover, deren Liquidation heute noch nicht beendigt ist und die, da sie überaus kläglich ausfällt, ihre Gläubiger um horrende Summen schädigen wird. Martha Goldschmidt, die 15jährige Tochter des erwähnten Adolf, wird also die Prinzipalin ihres Vaters, der bereits zwei Mal fallirt hat! Ein anderer Fall passirte in Leipzig, wo erst der Vater, dann als Prinzipalin die Mutter „Pleite" machte und, da ein Zwangsvergleich nicht zu Stande kommt, schließlich der kleine Sohn als Geschäftsinhaber eingetragen wird. Ist ein solcher Zustand nicht grauenerregend? Wie gelangen nun solche Leute zum Wohlstand? Herr Weidle giebt hierfür ein Beispiel; wir wollen keine Dresdner angeben, obwohl sie gerade in letzter Zeit sehr nahe liegen. Die Gebr. Wolff in Stettin, Inhaber natürlich eines Kleider-Detailgeschäftes, hatten Anfangs d. J. die Concurseröffnung beim Stettiner Amtsgericht beantragt. Der Status ergab eine Aktivbilanz von etwa 22,000 Mk. (darunter Kassenbestand 58 Mk., Waarenlager laut Aufnahme 7000 Mk., Lombardirtes Waarenlager 7000 Mk.). In Abzug kamen 14,000 Mk., die Schulden betragen 50,000 Mk., das ergiebt eine Unterbilanz von fast 42,000 Mk. Unter den in Abzug kommenden Summen befand sich ein Posten von 10,633 Mk. „Lombardschuld nebst Zinsen". Diese Erdare waren also schon seit Jahren fallit, trotzdem haben sie auf das Conto ihrer Gläubiger losgewirthschaftet, ohne den Concurs anzumelden. Statt dessen lombardirten sie das Lager weit unter dem Fakturenpreise. Die Frage aber, wo blieben denn die 42,000 Mk. beantwortet Weidle sehr einfach damit: „Sie sind in ihre eigenen Taschen geflossen." In den Geschäftsbüchern werden diverse Posten für Spesen, Geschäfts- und Wirthschaftskosten und sonstige Zahlungen angeführt, die gar nicht ausgegeben sind. Außerdem verramschen die gewerbsmäßigen Concursmacher unter der Hand große Waarenposten, deren Erlöse dann in ihre Taschen fließen. Den Beweis hierfür kann nur eine äußerst sorgfältige Bücherrevision erbringen.

Für diese gewerbsmäßigen Concursmacher ist eine Aenderung unserer Strafbestimmungen nothwendig. Weidle macht folgende Vorschläge, die man durchaus als discussionsfähig ansehen muß: „Wer durch Aufwand, Spiel oder Differenzhandel mit Waaren oder Börsenpapieren übermäßige Summen verbraucht oder sich eines ausschweifenden Lebenswandels schuldig macht; wer seine Gläubiger nicht sofort in Kenntniß setzt oder den Concurs anmeldet, wenn er bei einer Bilanzziehung eine Unterbilanz von mindestens 1000 Mk. entdeckt, wer gegen die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches unterlassen hat, die Bilanzen in der vorgeschriebenen Art zu ziehen — wird mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren und mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die gleiche Dauer bestraft. Das klingt hart, ist aber gerecht. Vorläufig, solange unsere Concursordnung noch auf den Leib der Juden zugeschnitten ist, bleibt nichts Anderes übrig, als namentlich die erste Gläubigerversammlung zu besuchen, einen Gläubigerausschuß aufzustellen und energisch aufzutreten. Erst kürzlich hat Dresden einen bekannten Concurs erlebt, bei dem minimale Prozente geboten wurden, jedoch durch die Energie eines Gläubigers, der noch dazu eine Forderung eigens zum Zwecke der Entlarvung des Betreffenden aufgekauft hatte, schließlich 100 Prozent gegeben werden dürften; der Mann war gar nicht bankerott, er hatte eine falsche Bilanz aufgestellt und hätte bei einem weniger controlirten Vergleich den Ueberschuß lachend in die Tasche gesteckt! Für den Antisemitismus liegt hier ein weites Feld zum Handeln!

Ein besonders dunkler Punkt in unserem Concurswesen ist die Bevorrechtung der Vermiether für die ganze Dauer der Miethsverträge. Hat doch der Vermiether für die ganze Miethsdauer noch einen Entschädigungsanspruch mit dem Absonderungsrechte! So hat in dem Concurse Pincoffs in Halle der Vermiether Glück wegen seiner 3monatlichen Miethsentschädigung in Höhe von 25,000 Mk. die ganze Aktivmasse im Betrage von 8000 Mk. erhalten! Weidle führt folgenden Fall an: Jemand will sich etabliren und miethet dazu ein Geschäftslokal. Vermiether und Miether verabreden eine zehnjährige Vertragsdauer mit einem Miethzins von 5000 Mk. Gleichzeitig verabreden sie heimlich, daß der Miether nach zwei Jahren falliren, der Vermiether 40,000 Mk. zur Masse liquidiren soll und daß sich dann Beide in den Raub theilen. Der Miether borgt nun Waaren bis zum Werthe von 30,000 Mk., was ihm bei der heutigen Creditwirthschaft nicht schwer wird und meldet nach Jahren den Concurs an. Das Waarenlager wird auf 20,000 Mk. taxirt, die nimmt aber der Vermiether vorweg für seine 3jährige Miethsentschädigung hin. Diese 20,000 Mk. theilen dann die zwei Herren und die Gläubiger gehen leer aus. Die Strafbarkeit ist in solchen Fällen ausgeschlossen durch die Unmöglichkeit, den Beweis zu führen.

Infolge derartiger Concurse werden jährlich 5570 Waarenlager, darunter 3700 im Ramsch verkauft. Die logische Folgerung ist die, daß diese Waaren zu so niederen Preisen weiter verkauft werden, wie sie der reelle Detaillist nicht verkaufen kann. Durch den Schaden, den nun diese Ramscher anrichten, drängen sie den reellen Detaillisten zum Concurse, und diese Concurse wiederum wirken auf die Grossisten und Fabrikanten derart zurück, daß auch diese fallliren müssen. So frißt die Sünde, die Ruchlosigkeit und Gewinnsucht fort und wenn hier kein Damm gezogen wird, dann wird das Wort Reulaux' einen grauenhaften Superlativ erfahren: Schundwaare und nur Schundwaare! Li—.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 18. November.

Berlin. In mehreren Blättern war behauptet worden, der Kaiser habe, als er seine Zustimmung zu der Militärvorlage gab, dem Reichskanzler gegenüber geäußert: „Sehen Sie zu, wie weit Sie damit kommen!" Der „Reichsanzeiger" ist zu der Erklärung ermächtigt, daß die dem Kaiser in den Mund gelegte Aeußerung vollständig erfunden ist, der Kaiser habe weder die erwähnten Worte gebraucht, noch sich in diesem oder einem anderen Sinne geäußert. — Der Bundesrath genehmigte heute den Rest des Etats, das Etat- und das Anleihegesetz; außerdem wurde die Novelle zum Reichsinvalidenfondsgesetze angenommen. — Der „Reichsanzeiger" theilt den vom preußischen Justizminister an die Präsidenten der Oberlandesgerichte gerichteten Erlaß mit, durch den Erhebungen über eine Erweiterung der amtsgerichtlichen Zuständigkeit im Civilprozeß angeordnet werden. Die Erhebungen gehen dahin, ob die Competenz der Amtsgerichte auf Streitobjekte im Werthe bis 500 Mk. (statt jetzt 300 Mk.) zu erweitern ist.

Berlin. Das preußische Abgeordnetenhaus begann heute die erste Berathung der Steuerreformgesetze. Finanzminister Dr. Miquel erklärte, die Vorlagen seien die getreue Erfüllung der von der Regierung gemachten Zusage. Die Reform solle keine Mehreinnahme bringen, aber auch keine Mindereinnahme. Die Verminderung der Bodenbelastung und die Erleichterung der Kommunen seien die Hauptgesichtspunkte, würden dieselben nicht in dem gegenwärtigen, dafür geeigneten Moment durchgeführt, so schiebe man sie auf ganz unabsehbare Zeit hinaus. Das Nebeneinanderbestehen von Personal- und Realsteuern im Staat führe zu unerträglichen Härten, deshalb sollen die Realsteuern aus dem Staatssteuersystem ausgeschieden und an den Platz gestellt werden, an den sie gehören, in die Gemeinden. Die Vermögenssteuer solle nur Ersatz für den Einnahmeausfall durch den Verzicht auf die Realsteuern bieten, soweit dieser Ersatz nicht durch den Mehrertrag der Einkommensteuer und der Aufhebung des Gesetzes Huene geschaffen sei. Sie entspreche der ausgleichenden Gerechtigkeit, welche eine schärfere Heranziehung des fundirten Besitzes gegenüber dem unfundirten Besitz-Einkommen erfordere. Die Uebelstände drängten zur Abhilfe und es sei es richtiger, das Reformwerk in einem großen Zuge zum Abschluß zu bringen. (Lebhafter Beifall.) — Abg. Rickert (freis.) bekämpft die Vorlagen, die eine kolossale Mehrbelastung in Gestalt der Reform brächten. Die Bismarck'sche Steuerreform sei auch immer mit der ausgleichenden Gerechtigkeit begründet worden; sie habe eine unermessene Erhöhung der indirekten Steuern und eine kaum nennenswerthe Verminderung der direkten Steuern gebracht. Bei solchen Erfahrungen müsse durch eine Quotisirung dafür gesorgt werden, daß nicht mehr Steuern erhoben werden könnten, als zur Deckung des Ausfalles gebraucht werden. Von einer Aufhebung der Grundsteuer ohne Entschädigung sei früher nie die Rede gewesen, um wie viel weniger jetzt, wo die Grundbesitzer die größten Zuwendungen durch Zölle, wie Branntweinliebesgabe u. s. w. erhalten haben. Wie werde Bismarck vor sich hinlächeln, wenn jetzt ein nationalliberaler Finanzminister für die Grundbesitzer herausholte, was er nicht einmal herauszuholen versuchte. Die Vermögenssteuer sei schon jetzt todt, warum habe man es so eilig mit der Reform? Man hätte doch die Neuwahlen abwarten sollen, um das Volk entscheiden zu lassen. — Finanzminister Dr. Miquel erwidert, die Regierung lege Gewicht darauf, das Reformwerk mit dem Landtage in Abschluß zu bringen, mit dem es begonnen wurde. Eine Quotisirung würde leicht zu einer Erhöhung der Steuer führen. — Abg. Dr. Sattler (nat.-lib.) konstatirt die Zustimmung der Nationalliberalen zu den Grundsätzen der Reform. — Hierauf wurde die Weiterberathung auf morgen vertagt. Zum Wort sind gemeldet: 30 Redner gegen (darunter der frühere Minister des Innern Herrfurth), 26 für die Vorlage.

Berlin. Ueber angebliche Versuche, eine Annäherung zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck herbeizuführen, wird dem „Berl. Tagebl." aus Hamburg geschrieben: Frhr. v. Stumm habe, auf wessen Veranlassung, sei dahingestellt, im Sinne einer Versöhnung zu wirken sich bemüht. Der Kaiser habe auch, schließlich besonders nach der Vorstellung, daß im Falle des Dahinscheidens des Fürsten eine starke Verstimmung im Volke zurückbleiben würde, wenn nicht vorher eine freundliche Annäherung stattgefunden hätte, seine Zustimmung dazu gegeben, daß eine Vermittelung versucht würde. Fürst Bismarck habe aber nicht, wie ihm nahegelegt und erwartet wurde, um die Vermittelung des Großherzogs von Baden gebeten, weil die Beziehungen zwischen ihm und dem Großherzog seit San Remo und der Geffcken'schen Affaire nicht mehr ungetrübt sind; der Fürst habe vielmehr die Vermittelung des Prinzregenten von Bayern gewünscht. Dieser habe auch Sympathie für die Wiederherstellung eines besseren Verhältnisses zwischen dem Kaiser und dem ehemaligen Reichskanzler gehabt, aber mit Rücksicht auf die außerordentlichen Schwierigkeiten der Dinge abgelehnt. Man habe nun nicht mehr an einen andern Bundesfürsten herantreten können und so sei nichts aus der Sache geworden. Dasselbe Blatt theilt mit, Fürst Bismarck habe dem Kaiser bei seiner letzten Audienz vor seinem Rücktritt voll Schärfe etwa Folgendes erwidert: Ich weiß, daß ich Ew. Majestät schon längere Zeit lästig bin, aber ich kann mich deshalb nicht aus der Welt schaffen. Es ist mein Unglück, aber nicht meine Schuld, daß ich nicht zugleich mit dem hochseligen Kaiser (Wilhelm I.) gestorben bin.

Berlin. Der sozialdemokratische Parteitag beschäftigte sich heute mit dem Thema „Staatssozialismus und revolutionärer Sozialismus". Liebknecht und Vollmar haben sich geeinigt und gemeinsam folgende Resolution eingebracht: Die Sozialdemokratie hat mit dem sogenannten Staatssozialismus nichts gemein. Der sogenannte Staatssozialismus, soweit er auf die Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken hinzielt, will den Staat an die Stelle der Privatkapitalisten setzen und ihm die Macht geben, dem arbeitenden Volke das Doppeljoch der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Sklaverei aufzuerlegen. Der sogenannte Staatssozialismus, insoweit er sich mit Sozialreformen oder Verbesserungen der Lage der arbeitenden Klassen beschäftigt, ist ein System von Halbheiten, das seine Entstehung der Furcht vor der Sozialdemokratie verdankt. Er bezweckt, durch kleine Concessionen und allerlei Palliativmittel die Arbeiterklasse der Sozialdemokratie zu entfremden und diese dadurch zu lähmen. Die Sozialdemokratie hat nicht verschmäht, solche staatliche Maßregeln zu fördern, oder, falls von anderer Seite vorgeschlagen, zu billigen, welche eine Hebung der Lage der Arbeiterklasse unter dem gegenwärtigen Wirthschaftssysteme herbeiführen könnte. Sie betrachtet aber solche Maßregeln nur als kleine Abschlagszahlungen, die ihr Streben nach der sozialistischen Neugestaltung des Staates und der Gesellschaft in keiner Weise beirren. Die Sozialdemokratie ist ihrem Wesen nach revolutionär, der Staatssozialismus konservativ. Sozialdemokratie und Staatssozialismus sind unversöhnliche Gegensätze.

Potsdam. Der Kaiser und der Großfürst Wladimir von Rußland begaben sich heute früh im offenen Wagen vom Neuen Palais nach der Wildparkstation, bestiegen dort den bereitstehenden Sonderzug und trafen mit demselben um 8 Uhr die Reise nach der Göhrde an. An der dort stattfindenden Jagd werden auch Se. Königl. Hoheit der Prinz Heinrich, sowie der Großherzog von Hessen theilnehmen.

Leipzig. Der Ehrengerichtshof für Rechtsanwälte hat gestern Abend 11 Uhr nach 2tägiger Verhandlung den Rechtsanwalt Arthur Stadthagen-Berlin aus dem Anwaltsstande ausgeschlossen und zwar wegen seines Ablehnungsgesuches gegenüber dem Landgerichtsdirektor Brauewetter zu vertheidigen, sowie wegen politischer Agitation gegen den höheren Richterstand und wegen einer Gebühren-Angelegenheit.

Hamburg. An der Leichenfeier für den Bürgermeister Dr. Petersen nahmen der Minister v. Bötticher als der Vertreter des Kaisers, ferner General Waldersee, der preußische Gesandte Frhr. v. Thielmann, Oberpräsident v. Steinmann u. s. w. Theil. Mittags bewegte sich der fast endlose Leichenzug durch die Hauptstraßen nach dem Kirchhof zu Ohlsdorf, wo er um 3 Uhr eintraf. Gewaltige Menschenmassen bildeten in den Straßen Spalier. Die meisten Häuser, sowie die Schiffe in dem Hafen hatten Halbmast geflaggt.

München. Im nationalliberalen Verein wies der Vorsitzende des Landesausschusses, Prof. Marquardsen, auf die große und berechtigte Mißstimmung des Volkes gegen die Militärvorlage hin, die in ihrer heutigen Reform und bei der gegenwärtigen Nothlage vieler Kreise für ihn persönlich unannehmbar sei.

Stuttgart. Der „Staatsanzeiger" für Württemberg druckt die vom „Dresdner Journal" am Mittwoch veröffentlichte Erklärung ab, durch welche die Meldungen, daß in Sachsen der zu erwartenden Militärvorlage von maßgebender Seite keinerlei Sympathieen entgegengebracht würden, als jeder Begründung entbehrend bezeichnet werden. Der „Staatsanzeiger" fügt hinzu, gegenüber der in den Tagesblättern erfolgten Bezugnahme auf Württemberg können auch wir bestimmt erklären, daß die verbreiteten Gerüchte durchaus unbegründet sind.

Wien. Abgeordnetenhaus. In Beantwortung einer Interpellation wegen der Absperrung des Salzburger Bahnhofes während der Durchreise des Fürsten Bismarck erklärte der Ministerpräsident Graf Taaffe, es sei mit Grund zu befürchten gewesen, daß die Anhänger der in Salzburg stark vertretenen deutschnationalen Partei auf dem Perron lärmend demonstriren und dadurch den Verkehr und die Ruhe stören würden. Uebrigens habe der hochbetagte Fürst in der späten Nachtstunde der Ruhe bedurft und selbst nicht wünschen können, in seiner Ruhe gestört zu werden. Die Salzburger hätten die Verfügung der Behörde gebilligt.

Wien. Im Abgeordnetenhause kam es bei der Budgetberathung zu einer stürmischen Scene. Während einer Rede Menger's, der gegen die jungczechische Agitation polemisirte, erhob sich bei den Worten Menger's: „Wir wollen keinen böhmischen Staat!" großer Lärm auf den Bänken der Jungczechen, während die Linke demonstrativ Beifall spendete. Auf den weiteren Ausruf Menger's an die Jungczechen: „Heute ist es Hochverrath, vom böhmischen Staatsrecht zu sprechen, Sie sind Hochverräther!" entstand ungeheurer Tumult. Menger erhielt den Ordnungsruf und fast alle Abgeordnete, Jungczechen voran, drängten gegen den Sitz Menger's. Der Präsident beendete die minutenlange Lärmscene endlich, indem er die Sitzung mitten in der Rede Menger's schloß.

Paris. Viele hiesige Geschäfte und Banken haben sich mit den Anarchisten zu einer Tributzahlung vereinigt, für die ihnen Sicherheit der Person und des Eigenthums verbürgt wird. Die Abgabe beträgt zwischen 120 und 500 Francs monatlich.

Madrid. Der König und die Königin von Portugal sind gestern unter sympathischen Kundgebungen der Bevölkerung wieder nach Lissabon zurückgereist.

Brüssel. Die internationale Münzkonferenz wird am Dienstag durch den Ministerpräsidenten Vernaerd eröffnet.

London. Der „Times" zufolge machte der neue russische Finanzminister jetzt den dritten Versuch, im Auslande eine Anleihe von 200 Millionen Francs des unbegebenen Restes der letzten dreiprozentigen Anleihe aufzunehmen. Zuerst kamen Vertreter französischer Bankfirmen nach Petersburg, erlangten jedoch, Abkommen zu treffen. Sodann wurden Vertreter Petersburger Banken beauftragt, neue Anstrengungen in Paris zu machen. Diese Verhandlungen scheiterten ebenfalls und jetzt wird die Unterstützung Berliner Banken nachgesucht, mit welchem Ergebniß, sei noch nicht bekannt.

London. Nach Depeschen aus Samoa wären auf der Tutuila-Insel wegen der unter den Häuptlingen bestehenden Streitigkeiten ernste Ruhestörungen ausgebrochen. Mehrere Ortschaften wären niedergebrannt. Die dort ansässigen Europäer und Inhaber dortiger europäischer Handelshäuser seien bis jetzt unverletzt, aber von den Eingeborenen bedroht. Auf den größeren Inseln herrsche Ruhe. Das englische Kriegsschiff „Mirvaro" und der deutsche Kreuzer „Bussard" befinden sich in Apia vor Anker.

Petersburg. Das amtliche Blatt veröffentlicht eine Verordnung, durch welche den Hebräern, welche in der Armee als Untermilitärs nach dem früheren Rekrutenreglement gedient haben, sowie den Familienangehörigen derselben, die in den Städten des inneren Gouvernements ansässig sind, der Aufenthalt in Moskau und in den Moskauer Gouvernements verboten wird.

Pfund's Molkerei (Schwarze) Studentenstr. 7
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzner Str. 41/42
Trocken-fütterung